



Kürzungen bei Städtebauförderung

Schwarz-Gelb kürzt gegen den Willen der Länder Mittel für den Städtebau

Schlechte Nachrichten mit der Bundesregierung als Absender sind für Städte und Gemeinden nichts neues mehr. Dass CDU/CSU und FDP nicht viel übrig haben für die Sorgen und (Finanz-) Nöte der Kommunen, haben sie im vergangenen Jahr z.B. durch eine völlig verfehlte Steuersenkungspolitik schon mehrfach bewiesen. Jetzt kürzt Schwarz-Gelb auch noch die Städtebauförderung und bereitet somit Ländern und Kommunen erneut Probleme.

Bund, Länder und Kommunen teilen sich die Kosten für städtebauliche Vorhaben, die ohne Finanzhilfen des Bundes nicht möglich sind. Die Städtebauförderung sorgte bislang für Planungssicherheit bei strategischen Entwicklungsentscheidungen in den Kommunen. Im Rahmen der Föderalismusreform wurde extra darauf geachtet, sie als gemeinsame Aufgabe beizubehalten. Mit den jetzt vorgesehenen Kürzungen sorgen Union und FDP dafür, dass sich der Bund seiner Finanzierungsverantwortung entzieht. Länder und Kommunen werden die dadurch entstehenden Defizite nicht ausgleichen können.

Rheinland-Pfalz hat im Jahr 2010 im Rahmen der Städtebauförderung 17,6 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt erhalten. Nach Angaben des rheinland-pfälzischen In-

nenministeriums fiel das Land bei den geplanten Kürzungen und bei einer Beibehaltung der Verteilersystematik aus dem Jahr 2010 im Jahr 2011 auf 10 Millionen Euro zurück. Würden weitere Vorgaben aus dem Solidarpaket II umgesetzt, könnte die Summe sogar auf weniger als 4 Millionen Euro schrumpfen. Am 3. September 2010 haben die Bauminister der Bundesländer parteiübergreifend eine Halbierung der Städtebauförderung abgelehnt. „Die

Rheinland-Pfalz die Städtebauförderung zum Einsatz kommt.

Können aufgrund der Fördermittelkürzungen weniger Aufträge durch die öffentliche Hand ausgeschrieben werden, ist davon vor allem die mittelständische Wirtschaft betroffen. Unmittelbare negative Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund von betriebsbedingten Kündigungen infolge ausbleibender Aufträge dürften ein Ergebnis dieser Politik sein.



Trübe Aussichten für die Städtebauförderung und das Programm Soziale Stadt: Die Mittelkürzungen sind für Trier und andere Städte in Rheinland-Pfalz eine schlechte Nachricht.

Städtebauförderung leistet ein Vielfaches dessen, was sie kostet“, heißt es im Beschluss der Bauminister.

Die Städtebauförderung sorgt dafür, dass öffentliche und private Investitionen getätigt werden. Jeder Euro für die Städtebauförderung vom Bund zieht acht Euro vor Ort an zusätzlichen Investitionen nach sich. Dies wiederum sorgt für Beschäftigung - vor allem beim lokalen Handwerk. Sanierungsprogramme für Stadt- und Ortskerne oder die militärische Konversion sind wichtige Schwerpunkte, bei denen in

Doch nicht nur die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt wären betroffen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Integrationsdebatte ist es geradezu grotesk, dass Schwarz-Gelb mit der Städtebauförderung auch das Programm Soziale Stadt begraben will. Integrationserfolge in sogenannten Brennpunkt-Stadtteilen müssen im Rahmen des Programms Soziale Stadt fortgesetzt und wiederholt werden. Nicht Kürzungen und Streichungen, sondern eine Aufstockung der Mittel wäre gerade jetzt das richtige Signal! *Manfred Nink*

Ein Blick abseits der 5-Euro-Diskussion

Anmerkungen zu einer allzu pauschalen Debatte

Der Regierungsentwurf für die Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze hat eine rege Debatte ausgelöst. Ein Plus von fünf Euro steht im Raum. Ob diese als symbolisch zu qualifizierende Erhöhung gerecht oder zumindest bedarfsgerecht ist, ist die Streitfrage, an der sich die gesamte Debatte aufhält. Dabei lohnt sich in diesem Zusammenhang ein Blick in den Einzelplan 11 des Bundeshaushaltentwurfs, jener Einzelplan, der das Budget des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) festschreibt, um zu sehen, welchen Abbau von Sozialleistungen diese schwarz-gelbe Bundesregierung plant. Einige Punkte sollen im Folgenden erläutert werden.

Dem BMAS steht - verglichen mit den anderen Einzelplänen des Bundeshaushaltentwurfs - die größte Ausgabensenkung bevor. 11,4 Milliarden Euro sollen eingespart werden. Eine Streichung von 7,9 Prozent. Dabei stellen nicht konjunkturbedingte Kürzungen, wie sie sicher auch von Sozialdemokraten vorgenommen worden wären, ein Problem dar, sondern hochproblematisch sind die geplanten strukturellen Ausgabekürzungen. Vor allem Kürzungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die dem Sparpaket zur Einhaltung der Schuldenbremse zum Opfer gefallen sind, werden ausgerechnet Arbeitsuchende treffen. Durch Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen sollen 16 Milliarden Euro bis 2014 eingespart werden. Betroffen davon sind vor allem Frauen, Alleinerziehende, Ältere, Unter-25-Jährige



Fünf Euro mehr Hartz IV: Ist das Glas halb voll oder halb leer? Deutschland diskutiert.

und Menschen mit Handicap im Hartz-IV-Bezug. Sozial gerecht muten diese Pläne nicht an.

Das schlimmste ist, dass diese geplanten Kürzungen den Erfolg der von der SPD 2010 mit auf den Weg gebrachten Verfassungsänderung zur Job-Center-Reform gefährden. Ziel war es, dass die „Leistung aus einer Hand“ erhalten bleiben sollte. Und diese Hand darf eben nicht leer sein. Gerade deshalb haben wir mit Erfolg um die von Schwarz-Gelb für den 2010er Haushalt ausgebrachte Sperre von 900 Millionen Euro beim Eingliederungstitel gekämpft. Weitere Kürzungen haben Union und FDP beim Alg II vorgesehen. Dort sollen 2,4 Milliarden Euro gekappt werden. Im Einzelnen bedeutet dies unter anderem die Streichung der Zuschläge beim Übergang vom Alg I in Alg II, die Streichung des Rentenversicherungsbeitrags für Langzeitarbeitslose und die Abschaffung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger.

Diese Maßnahmen sind nicht gerecht und werden die soziale Schieflage in unserem Land verschärfen. Auch der Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme ist damit kein Gefallen getan. Viele der geplanten Kürzungen helfen in Wirklichkeit nicht, einen Cent einzusparen, sondern verlagern die Kosten einfach in die Zukunft z.B. zu Lasten der Schwankungsreserve der Rentenversicherung und der Verschuldung der Bundesagentur für Arbeit. Beitragserhöhungen bei der Rentenversicherung und der Arbeitslosenversicherung werden so bereits heute vorprogrammiert. *Manfred Nink*

Mit dem Unterausschuss unterwegs

Vom 20. bis 22. September haben sich Manfred Nink und weitere Abgeordnete des Unterausschusses für regionale Wirtschaftspolitik in Gesprächen mit Vertretern der lokalen Wirtschaft, den Industrie- und Handelskammern und Kommunalpolitikern über die wirtschaftliche Lage in Sachsen und Ostbayern informiert.

„Es ist gut und richtig, wenn wir als Politiker mit den Sorgen und aber auch den positiven Erfahrungen der Unternehmer und Beschäftigten vor Ort konfrontiert werden. Betriebsbesichtigungen sind eine gute Gelegenheit. Ich kann jeden Unternehmer nur ermutigen mit Problemen, Hürden und Verbesserungsvorschlägen an mich als Abgeordneten heranzutreten“, sagt Manfred Nink.



Sitzungsfrei und doch viel Arbeit

Haben Politiker die gesamte parlamentarische Sommerpause „frei“?

Was hört und liest man nicht alles über die „parlamentarische Sommerpause“. Doch was machen eigentlich Politiker in dieser Zeit?

Für Journalisten ist sie eine trübe Zeit, da im politischen Berlin wenig passiert, das für die Berichterstattung geeignet wäre. Ausnahmen profilierungsbedürftiger Abgeordneter kennen wir alle. Für den Bürger ist es allzu oft unverständlich, dass Politiker scheinbar den ganzen Sommer frei haben. Und für die Politiker selbst? Urlaub vom 12. Juli bis 13. September? Neun Wochen am Stück entspannen?

Diese schöne Wunschvorstellung eines/einer jede/n Arbeitnehmers/in

ist auch für die Abgeordneten keine Realität. Im Gegenteil. Da in der parlamentarischen Sommerpause in der Regel keine Sitzungen des Deutschen Bundestages - also Plenarsitzungen, Ausschusssitzungen und auch keine Sitzungen der Fraktionen - in Berlin stattfinden, konzentriert sich die Arbeit der Abgeordneten in dieser Zeit auf ihren Wahlkreis. Neben den üblichen Bürgersprechstunden finden die Politiker die Zeit, Unternehmen, Vereine und Verbände zu besuchen, Sorgen und Probleme aufzunehmen und die eigene Arbeit vorzustellen. Mehrere offizielle Termine sind im Sommer 2010 so bei mir zusammen gekommen. Ich habe viele interes-

sante Gespräche geführt, die meine Arbeit für Trier und den Kreis Trier-Saarburg bereichern können.

Darüber hinaus ist die Sommerpause auch die Zeit, in der Berichte, Expertisen, Gutachten und andere dickere Papiere gelesen werden können, für die im Alltagsgeschäft vielleicht nicht immer ausreichend Zeit ist. Nicht zuletzt lag natürlich der Haushaltsentwurf 2011 als Sommerpausen-Lektüre auf dem Schreibtisch bereit.

Zudem blieben dann noch neun Tage für einen Urlaub mit meiner Familie übrig. Genug Zeit, um mich zu erholen und neue Kräfte für eine intensive Oppositionsarbeit zu schöpfen. *Manfred Nink*

4 | Aus Partei und Fraktion

Auf geht's! Landtagswahl 2011



Landtagskandidatinnen und -kandidaten für die Region: Alfons Maximini, Bettina Brück, Monika Fink, Malu Dreyer, Jens Rieger, Ingeborg Sahler-Fesel, Astrid Schmitt (v.l.n.r.)

Foto: Iris Hess

Liebe Freundinnen und Freunde!

Geschlossen hat sich die SPD beim Parteitag des Regionalverbandes Rheinland am Samstag (02.10.2010) präsentiert und ihre Kandidatenliste für die Landtagswahl 2011 beschlossen.

Kurt Beck und Hendrik Hering haben in ihren Reden zurecht betont, dass die SPD im Land große Erfolge zu verzeichnen hat. Wirtschaftliche Stärke und eine geringe Arbeitslosigkeit sind Beweise dafür. Wir können zuversichtlich in diese Wahl gehen.

Bereits jetzt zeigt sich doch schon, dass der CDU nicht viel anderes übrig bleibt, als mit Dreck um sich zu werfen. Die wichtigen politischen Fragen für Rheinland-Pfalz sehen sie nicht oder aber ignorieren sie wissentlich. Die sogenannte „Schlosshotel-Affäre“ ist ein jämmerlicher Versuch, den Ministerpräsidenten zu diffamieren. Die

Menschen in Rheinland-Pfalz aber wissen, dass sich mit Kurt Beck ein integerer, ehrlicher und aufrichtiger Landesvater um eine Verlängerung seines Regierungsauftrages bewirbt. Dessen bin ich mir sicher.

Die Kandidaten unserer Region sind wie folgt auf der Liste des Regionalverbandes Rheinland platziert:

- Platz 2: Malu Dreyer, Trier
- Platz 7: Astrid Schmitt, Daun
- Platz 12: Monika Fink, Bitburg
- Platz 14: Bettina Brück, Thalfang
- Platz 17: Ingeborg Sahler-Fesel, Schweich
- Platz 21: Alfons Maximini, Konz
- Platz 25: Jens Rieger, Wittlich

Am 6. November wird die Landesvertreterversammlung über die Landesliste beschließen.

*Herzlichst,
Euer*

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

6. bis 19. September

Besuchergruppe in Berlin, Klausursitzungen der AG Wirtschaft und Technologie und der Bundestagsfraktion, SPD Parteitag des Kreisverbandes Bernkastel-Wittlich in Thalfang, Eröffnung der Stadtwoche Schweich, Sitzungswoche des Bundestages mit Haushaltsdebatte, Gespräch mit dem Präsidenten des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft Mario Ohoven

20. bis 26. September

Sitzung Gemeinderat Kenn, Sitzung des Kreditausschusses der Sparkasse, Delegationsreise des Unterausschusses Regionale Wirtschaftspolitik mit Gesprächen (u.a. mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Tillich) sowie Betriebsbesichtigungen in Sachsen und Bayern

27. September bis 3. Oktober

Sitzungswoche des Bundestages, Veranstaltung mit Kurt Beck und BASE, Gespräch mit 40 Jugendlichen aus Israel und Deutschland, Gespräch der Landesgruppe RLP mit Staatsminister Carsten Kühl zu rheinland-pfälzischen Themen, Gespräch mit Dr. Gerhard von der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz, Empfang der Gäste anlässlich der Veranstaltungen zu 20 Jahre Kreispartnerschaft Trier-Saarburg und Rudolstadt, Parteitag SPD Regionalverband Rheinland, 50 Jahre Partnerschaft Bistum Trier - Bolivien

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317
E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de